

Brüssel, den 15.7.2020
SWD(2020) 130 final

ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN
BERICHT ÜBER DIE FOLGENABSCHÄTZUNG (ZUSAMMENFASSUNG)

**Steuerbetrug und Steuerhinterziehung – bessere Zusammenarbeit zwischen den
nationalen Steuerbehörden beim Informationsaustausch**

Begleitunterlage zum

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates

**zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU des Rates über die Zusammenarbeit der
Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung**

{COM(2020) 314 final} - {SEC(2020) 271 final} - {SWD(2020) 129 final} -
{SWD(2020) 131 final}

Zusammenfassung
<p> </p>
A. Handlungsbedarf
<p> </p>
<p> </p>
<p> </p>
<p> </p>
<p> </p>
<p> </p>
<p> </p>
<p> </p>
<p> </p>
<p> </p>
B. Lösungen
<p> </p>
<p> </p>
<p> </p>
<p> </p>
<p> </p>
<p> </p>
<p> </p>
<p> </p>

Schätzwert) erzielen. Mit diesen Einnahmen können die wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten finanziert werden. Die Initiative soll auch gleiche Ausgangsbedingungen für Plattformbetreiber und für diejenigen schaffen, die Plattformen nutzen, um ihre Waren und/oder Dienstleistungen zu verkaufen. Sie wird ebenfalls zu mehr Steuergerechtigkeit und mehr Vertrauen in das Steuersystem mit einer fairen Lastenteilung zwischen den Steuerzahlern beitragen.

Welche Kosten entstehen bei der bevorzugten Option bzw. den wesentlichen Optionen?

Analog zu früheren Meldepflichten lassen sich die Kosten für die Steuerverwaltungen auf etwa 200 Mio. EUR an einmaligen Entwicklungskosten und bis zu 30 Mio. EUR an wiederkehrenden Kosten schätzen. Die Kosten für Plattformen werden auf insgesamt 875 Mio. EUR an Einmalkosten und rund 100 Mio. EUR an wiederkehrenden Kosten geschätzt. Die Kosten werden für alle Plattformen geschätzt und liegen im Durchschnitt im Zehntausenderbereich pro Plattform (wiederkehrende Kosten). Diese Schätzungen beruhen jedoch auf einer Reihe von Annahmen und Extrapolationen und sollten mit Vorsicht verwendet werden.

Worin bestehen die Auswirkungen auf Unternehmen, KMU und Kleinstunternehmen?

Die Maßnahme dürfte Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen haben, da alle digitalen Plattformen und Verkäufer unabhängig von ihrer Größe unter die Initiative fallen. Die Initiative wird zwar Kosten für die Einhaltung der Vorschriften verursachen, sie kann aber für KMU günstiger sein als der derzeitige Flickenteppich von Meldepflichten in der EU. Die Initiative sollte auch gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Akteure schaffen, was den KMU zugutekommen sollte.

Hat die Initiative nennenswerte Auswirkungen auf die nationalen Haushalte und Behörden?

Den Steuerverwaltungen entstehen zusätzliche Kosten für die Entwicklung von IT-Systemen, mit denen Daten gemeldet, gespeichert und verwendet werden können. Schätzungen zufolge belaufen sich die einmaligen Entwicklungskosten für alle 27 Steuerverwaltungen der EU auf rund 200 Mio. EUR und die wiederkehrenden Kosten auf bis zu 30 Mio. EUR. Der Nutzen für die nationalen Haushalte in Form zusätzlicher Steuereinnahmen wird auf mehrere Milliarden Euro geschätzt (oberer Schätzwert: ca. 30 Mrd. EUR).

Gibt es andere nennenswerte Auswirkungen?

Die Maßnahme steht im Einklang mit der Datenschutz-Grundverordnung und wirkt sich daher nicht negativ auf das Grundrecht auf den Schutz personenbezogener Daten aus.

D. Folgemaßnahmen

Wann wird die Maßnahme überprüft?

Die Maßnahme wird anhand von Informationen überwacht, die jährlich im Rahmen von Umfragen und Diskussionen mit den Steuerverwaltungen eingeholt werden. Eine umfassendere Bewertung wird 2023 stattfinden, wenn die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Anwendung der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der direkten Besteuerung vorlegen soll.